

# Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens.

**Nr. 142.** Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich morgens, an Tagen nach einem Feiertag oder Sonntag mittags. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post 3 Loty 5.—, wöchentlich 3 Loty 1.25; Ausland: monatlich 3 Loty 8.—, jährlich 3 Loty 96.—, Einzelnummer 20 Groschen, Sonntags 30 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
**Lodz, Petrikauer 109**  
Telephon 136-90. Postkontokonto 63.508  
Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.  
Sprechstunden des Chefredakteurs täglich von 2.30—3.30.

Anzeigenpreise: Die sieben-spaltene Millimeterzeile 15 Groschen, im Text die dreispaltene Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 1.— Loty; falls diesbezügliche Anzeigen aufgegeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

## Lebhafter Parteikongress der P.P.S.

Die „Centrolew“-Politik der Partei wird heiß umkämpft.  
Der Parteikongress spricht sich für ein Verbleiben im „Centrolew“ aus.

Der 23. Landeskongress der P.P.S. fand seine Eröffnung am Sonnabend mittag im Saale des Bergarbeiterhauses in Krakau. Dieselbe vollzog Gen. Topinel durch eine Ansprache, in welcher er die nach dem letzten Parteikongress eingetretenen wichtigen Ereignisse kurz schilderte. Als der Redner den Märgern von Brest seine Huldigung darbrachte, erhoben sich alle Anwesenden von ihren Plätzen und schlossen sich damit der Huldigung an. Ebenfalls durch Erheben von den Plätzen geehrt wurden die verstorbenen Genossen. Zu Ehrenvorsitzenden des Kongresses wurden die Gen. Sen. **Boleslaw Timanowski** und **Ignacy Daszynski** berufen, ins Präsidium gewählt wurden: **Zygmunt Zulawski**, **Sen. Dembski**, **Abg. Dr. Lieberman**, **Sen. Dorota Kluszyńska** und **Vizepräsident St. Kapalski**. Bei Nennung der Namen der Ehrenvorsitzenden als auch beim Erscheinen des Abg. Lieberman am Präsidiumstisch erhob sich im Saale ein Beifallssturm. Es folgte die Begrüßung des Kongresses. Begrüßungsansprachen hielten: im Namen der **DSAP** der Parteivorsitzende **Artur Kronig**, im Namen des jüdischen Bundes **Gen. Ehrlich**; außerdem sprachen **Gen. Bzianowicz** von der Zentralkommission der Klassen-gemeinschaften, **Gen. Malinowski** von der polnischen sozialistischen Jugend und **Gen. Stanczyk** im Namen des Bergarbeiterverbandes. Außerdem sind dem Kongress Begrüßungstelegramme aller sozialistischen Parteien Europas zugegangen. Namens der sozialistischen Arbeiterinternationale wurde ein Telegramm persönlich vom Vorsitzenden der Internationalen **Gen. Vandervelde** überandt. Auch vom Direktor des Internationalen Arbeitsamtes **Gen. Albert Thomas** war ein Telegramm eingelaufen.

Zum Mittelpunkt der anschließenden Beratungen stand die Frage des „Centrolew“, die in der Debatte ziemlich heiß umkämpft wurde. Während sich die jüngere Generation für eine reine sozialistische Linie aussprach, waren die älteren Genossen für die Beibehaltung der Zusammenarbeit mit den demokratischen Bauernparteien, um durch eine geschlossene Front der Demokratie eine wirksame Bekämpfung der Diktatur zu ermöglichen.

Das Referat über die politische Lage wurde vom Abg. **Gen. Barlicki** gehalten, der u. a. darauf hinwies, daß wir uns gegenwärtig im Zeitabschnitt der Bankrottierung des Kapitalismus befinden, doch bedeute dies noch nicht die Liquidierung desselben, denn bis dahin werde es noch eine geraume Zeit dauern. Um sich vor dem Untergang zu retten, habe der Kapitalismus zur Diktatur gegriffen und heute müsse der Kampf in erster Linie der Diktatur gelten. Ueber die im Kampfe gegen die Diktatur zur Verfügung stehenden Kräfte sagte Gen. Barlicki: Es ist schwer zu begreifen, warum die Liquidierung der Diktatur ausschließlich durch Kräfte des städtischen Proletariats durchgeführt werden soll. Man muß Hand in Hand mit den Sozialisten der nationalen Minderheiten gehen, aber das bedeutet noch nicht, daß die Hilfe des übrigen demokratischen Elements zurückgewiesen werden soll; diese Hilfe kann uns an der Ausübung unseres Programms absolut nicht hindern.

Den Bericht der Parlamentsfraktion der P.P.S. erstattete Abg. **Niebiałowski**, der die Zusammenarbeit der Parteien des Centrolew schilderte und nach Prüfung des Kräfteverhältnisses der verschiedenen Volksgruppen Polens zu folgenden Schlussfolgerungen kam: Die geschlossene Front der Sozialisten und Bauern ist eine notwendige Waffe, um dem Prozeß der Festigung der Diktatur wirksam entgegenzuwirken und in den Volksmassen die Ueberzeugung zu vertiefen, daß die Demokratie die Diktatur ersetzen könne. Zwischen Sozialismus und Demokratie gebe es keine Gegensätzlichkeiten.

Die weiteren Referate wurden vom Gen. Abg. **Buzal** über Organisations- und Finanzfragen und vom Abg. **Gen. Czapiński** über die internationale Lage gehalten.

Mit diesen Referaten wurde der erste Beratungstag abgeschlossen. Am Sonntag wurde die Debatte eröffnet. Während sich die Referenten klar für die Beibehaltung der Zusammenarbeit mit dem „Centrolew“ aussprachen, waren während der Debatte die Meinungen hierüber geteilt.

Der erste Diskussionsredner, **Gen. Abg. Dubois**, sprach sich für einen rücksichtslosen entschiedenen Kampf gegen die Diktatur aus und bezeichnet die Zusammenarbeit mit dem „Centrolew“ als falsch. Er verurteilt die Politik des Abg. **Niebiałowski** in der Zeit, als er zusammen mit anderen in Brest eingekerkert war.

**Abg. Pragier** ist anderer Meinung. Er hält ein Zusammengehen mit den Bauernparteien für unmöglich, da die Diktatur nur mit gemeinsamen Kräften gestürzt werden könne.

**Abg. Ciolkosz** meint, das Bündnis mit den Bauernparteien bedeute eine Untergrabung der Idee der P.P.S. Durch dieses Zusammengehen müßte die P.P.S. mit Rücksicht auf die **Cladecja** den Kampf gegen den Merkantilismus unterlassen und auf verschiedenen Gebieten der Endecic ähnlich werden. Die Uebernahme der Verantwortung für den Staat, wovon **Gen. Niebiałowski** spricht, bezeichnet **Redner** als Unwürdigkeit. Nach Brest und der „Pazifizierung“ Kleinpolens könne von einer Zusammenarbeit mit der Regierung auf irgendwelchem Gebiet keine Rede sein. Es sei sogar ein Fehler, einer solchen Regierung die Rekruten zur Verfügung zu stellen.

**Gen. Abg. Lieberman** sprach sich für die Centrolew-Politik aus. Er warnte davor, die Stärke des Kapitalismus und ebenso der Diktatur zu unterschätzen. Sie seien beide noch genügend stark und jedes Bündnis gegen sie müsse eingegangen werden. Auch widerlegte sich **Gen. Lieberman** gegen den Abg. **Witos** erhobenen Angriffen, von welchem er sagte, daß dieser in Brest die Feuerprobe bestanden habe.

Sehr überrascht hat die Rede des **Gen. Kwapiński**, der sich besonders scharf gegen die in letzter Zeit betriebene Parteitaktik aussprach. Ein Jahr nach dem Maimsturz hindurch, führte **Gen. Kwapiński** aus, betrieb die Partei

eine Politik des Flirts mit der Sanacja. Darauf folgten 4 Jahre der Liquidierung der Diktatur. In dieser Zeit erfolgte eine Zersplitterung der Partei, indem einzelne Mitglieder ausgekauft wurden. Als Antwort darauf hat die P.P.S. auf dem Kongress des „Centrolew“ die Parole herausgegeben: **Gewalt gegen Gewalt**. Die Parole hat sich jedoch als leere Phrase erwiesen, denn als dann Brest kam, konnte sich die P.P.S. zu keiner Gegenbewegung aufrufen. Als am Tage der Brest-Verhaftungen das Zentrale Vollzugskomitee der P.P.S. zusammentrat, hat die Arbeiterschaft Gott weiß was erwartet. Doch hat sich alles als schallender Rauch erwiesen. Die Arbeiterschaft aber erkennt in solchen Momenten eine bloße Profession mit den Parteifahren nicht an und die Parteibehörden haben damals doch nur zu ruhigen Demonstrationen aufgerufen. Wo blieb hier die angekündigte Anwendung von Gewalt gegen Gewalt. Wie kann man unter solchen Umständen von einer Liquidierung der Diktatur reden?

Im weiteren Verlauf der Debatte wurde das Für und Wider der Centrolew-Politik fortgesetzt.

Am Montag, dem dritten Beratungstage des Kongresses, wurde zur Abstimmung über die vom Zentralen Vollzugskomitee eingebrachten Resolutionen geschritten. Sämtliche Resolutionen wurden angenommen. Damit hat sich der Parteikongress für die Beibehaltung der bisherigen Zusammenarbeit mit den übrigen Parteien des „Centrolew“ ausgesprochen.

Zum Schluß folgten die Wahlen für den Obersten Parteirat. Zum Vorsitzenden des Parteirates wurde **Gen. Abg. Ignacy Daszynski** und zu stellvertretenden Vorsitzenden **Stadtpräsident Bronislaw Ziemienski** und der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes **Topinel** gewählt.

Auf den Parteikongress der P.P.S. werden wir noch zurückkommen.

### Ende des deutschen Schulstreits im Kreise Schwab.

Die deutsch-evangelischen Kinder erhalten wieder deutschen Religionsunterricht.

Vor einigen Tagen berichteten wir über einen im Kreise Schwab (Pommern) ausgebrochenen Schulstreit der deutschen Kinder, weil der Schulinspektor angeordnet hatte, daß der evangelische Religionsunterricht fortan nur noch in polnischer Sprache zu erteilen sei. Wie uns die „Bromberger Rundschau“ mitteilt, hat der stellvertretende Kreisinspektor des Kreises Schwab den evangelischen Religionslehrern seines Amtsbezirks telephonisch mitgeteilt, daß dort, wo die Eltern unbedingt darauf bestehen, den deutschen Schülern evangelischen Bekenntnisses der Religionsunterricht in der deutschen Muttersprache zu erteilen sei. Angesichts dessen haben die deutschen Eltern ihre Kinder wieder zur Schule geschickt.

### Es gibt keine Zusammenarbeit mit der Sanacja.

Austritt der polnischen Sozialisten aus der polnisch-französischen parlamentarischen Gruppe.

Die parlamentarische Gruppe der Polnischen Sozialistischen Partei, die der polnisch-französischen parlamentarischen Gruppe angehört, hat beschlossen, aus dieser Vereinigung auszutreten. Dieser Beschluß wird damit begründet, daß es den Abgeordneten und den Senatoren der P.P.S. unmöglich sei, innerhalb der polnisch-französischen Gruppe mit den Abgeordneten des polnischen Regierungsblochs zusammenzuarbeiten, ganz besonders nicht in Anbetracht der Stellungnahme der polnischen Regierungsabgeordneten zu der Brest- Angelegenheit. Die Parlamentarier der P.P.S. haben den Vorschlag gemacht, eine gesonderte demokratische polnisch-französische parlamentarische Gruppe ohne Beteili-

gung von Abgeordneten und Senatoren des Regierungsblochs zu bilden.

### Polnischer Protest gegen Curtius.

Wegen angeblicher Parteilichkeit als Vorsitzender.

**Genf**, 23. Mai. Die Auseinandersetzung über Danzig im Rat hat noch ein Nachspiel gehabt. **Jaleski** hat an Curtius einen Protest gerichtet wegen seiner Ermahnung vom Freitag an beide Parteien, in Danzig sich jeder Agitation gegeneinander zu enthalten. **Jaleski** glaubt, Curtius habe die alte Gesplogenheit nicht beachtet, wonach politische Erklärungen des Ratspräsidenten vorher mit den Parteien vereinbart werden. In einer sehr scharfen Antwort weist Curtius den Protest als unberechtigt zurück, da er in voller Unparteilichkeit nach den Pflichten des Rates und seines Präsidenten gehandelt habe.

### Heße gegen Curtius.

**Berlin**, 25. Mai. Gegen den Außenminister Curtius ist eine arge Heße im Gange, die besonders von den Führern der Schwerindustrie ausgeht. Sie hat in einem scharfen Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ ihren öffentlichen Ausdruck gefunden, gegen den die Regierung halbamtlich polemisiert. Es wird ihm darin Preisgabe der deutschen Interessen an Frankreich in Genf vorgeworfen, und wie es scheint, bedeutet diese Heße für ihn eine ernste Gefahr.

**Belagerungszustand in Andalusien.** In Anbetracht der Umtriebe der Kommunisten, wird der Belagerungszustand in Andalusien bis auf weiteres aufrecht erhalten bleiben. Inzwischen hat der Generalgouverneur angekündigt, daß alle gewissenlosen Berichterstmacher mit hoher Geldstrafe belegt werden sollen.





